

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 7-8: Mehrsprachigkeit

Artikel: Brüssel : Europas komplizierte Hauptstadt
Autor: Hagspiel, Hermann
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165185>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hermann Hagspiel

Brüssel – Europas komplizierte Hauptstadt

Nicht nur für Integrationsskeptiker ist «Brüssel» zum Reizwort geworden. Auch Brüsseler sehen der künftigen Rolle als europäischer Hauptstadt mit gemischten Gefühlen entgegen. Leise – von den EG-Beamten kaum bemerkt – regt sich Widerstand gegen die Auswirkungen der konkreter werdenden Schlüsselposition in Europa.

Für viele ist Brüssel keine schöne Stadt, dennoch finden sie es schön, in ihr zu leben. Der ausländische Bewohner genießt das unruhige, stellenweise südlich angehauchte Strassenbild der Fast-Millionenstadt, die internationale und dennoch in vielem wieder beinahe familiäre Atmosphäre, das zwanglose Nebeneinander der vielen Nationalitäten und nicht zuletzt die vielgerühmte Gastronomie.

Dabei springen dem aufmerksamen Neubewohner auf Schritt und Tritt die Ungereimtheiten ins Auge: Reichtum und Armut in direkter Nachbarschaft, gläserne Büropaläste neben verwahrlosten Stadthäusern, grossbürgerliche Villenstrassen, die an fast rein muslimische Immigrantenviertel grenzen, kunstvoll gepflegte Parks neben abfallübersäten Trottoirs. Arabische und griechische Gassenlokale bestimmen den Geruch zwischen abbruchreifen Altstadt Häusern gleich hinter der «Grand'Place». Dafür breitet sich gegenüber der strahlend renovierten gotischen Kathedrale ein Moloch steriler Hotel- und Appartementblocks im Disneyland-Stil aus: mit niedlichen Treppengiebeln, Bogendurchgängen und aufgeklebtem Ziegeldekor. Das zwielichtige alte Viertel beim Nordbahnhof musste einem gläsernen Klein-Manhattan (Betriebszeit 9.00 bis 18.00 Uhr) weichen. Währenddessen verslumpt ein anderes Stadtviertel um die «Gare du Midi». Es sind nicht einfach Stileinflüsse verschiedener Epochen, die organisch in das Stadtbild eingewachsen wären. Es ist das Ungeordnete, Unordentliche und Chaotische, das den ersten Anschein bestimmt.

Fraglose Lebensqualität

Doch die Suche nach Erklärungen lässt in der Regel bald nach. Ist es doch gerade das Ungewohnte in diesen Breiten, wenn man so will: das «Uneuropäische» an der «Hauptstadt Europas», das mit der Zeit einen eigenen Reiz entwickelt. Es lebt sich gut und angenehm, auch ohne die Gründe dafür zu kennen, warum hier vieles anders ist. Hat der Fremde dieses Stadium

erreicht, versteht er sich mühelos mit Einheimischen. Denn die Brüsseler sind praktische Leute; sie, so scheint es, kümmert es selbst am wenigsten.

Wer Brüssel nicht einfach so nimmt, wie es sich darbietet, sondern gleichsam gegen seinen Strich erkundet, muss mit Ernüchterung rechnen. Denn hinter Kulissen wechselnder Ästhetik dreht sich ein kaum durchschaubares bürokratisches Räderwerk, bestimmt von wild gewachsenen Kompetenzverflechtungen im politisch-ethnischen Kräftefeld. Darauf soll hier ein Blick geworfen werden. Vieles kann nur aus dem Kontext des Landes begriffen werden.

Es wird behauptet, die Brüsseler fühlten sich als die eigentlichen Europäer – nicht wenige wohl noch mehr als Europäer denn als Belgier. Denn Europäer ist man hier gewissermassen selbstverständlich, Bürger des schwierigen Vaterlandes zuweilen nur bedingt. «Brüssel» ist weltweit zum Begriff, ja zum Synonym für das aus den Nationalstaaten wieder zusammenwachsende Europa geworden. Der Brüsseler selbst hat dazu nicht viel beigetragen. Dennoch identifiziert er sich nach und nach mit der Berufung seiner Stadt. Mancher mag auch Stolz empfinden. Wirklich wichtig ist dies aber nicht. Da gibt es keine Überheblichkeit gegenüber dem, was andernorts «Provinz» genannt wird, keine Anmassung den klingenden Namen in der unmittelbaren Nachbarschaft: Paris, London oder Amsterdam gegenüber.

Dem echten Brüsseler scheint es vielmehr überhaupt an klar definierten Gefühlen anderen gegenüber zu fehlen, sei es dem belgischen Umland gegenüber, sei es gegenüber den fast dreissig Prozent fremden Bewohnern in der eigenen Stadt. Es werden keine Liebesgefühle geäussert, aber auch selten Ressentiments. Die Brüsseler haben *ihre* Kreise, und die Zugezogenen – Flamen, Wallonen und Ausländer – eben auch.

Belgien selbst hatte seit den Anfängen der Eigenstaatlichkeit Mühe genug, eine eigene, emotional unterfütterte Identität zu entwickeln. Zwischen europäischen Mächten durch Jahrhunderte hin und her gereicht und gerissen, litt das Land seit Erlangung der Selbständigkeit im Jahre 1830 nicht nur an sozialen, politischen und ideologischen Gegensätzen. Quer durch das Parteienspektrum zog sich der Riss zwischen politischem Katholizismus und antiklerikalem Freisinn und wurde schliesslich selbst mehr und mehr überlagert durch die «flämische Frage», den Sprachenstreit, dem letztendlich keine gesellschaftliche Strömung Belgiens standgehalten hat. Alle Parteien haben sich nach Sprachzugehörigkeit gespalten, von den konservativen Christdemokraten über die Liberalen bis zu Sozialdemokraten und «Grünen».

In zwei Weltkriegen nur bedingt – auch aufgrund der gezielten Ungleichbehandlung durch die Besatzer – aneinandergeschmiedet, blieb die Identität der Belgier eine prekäre, die der Flamen und Wallonen eine hauptsäch-

lich negative, gegeneinander und von Holländern bzw. Franzosen abgegrenzte, und die der Brüsseler eine weithin inexistente. Dabei ist gar nicht gesagt, dass die Brüsseler eine solche überhaupt vermissen.

Vielfache Hauptstadt

Die Vagheit des eigenen Selbstgefühls könnte zu tun haben mit der spezifischen, selten thematisierten Stellung Brüssels jenen gegenüber, die es nach und nach und auf unterschiedlichen Ebenen zum Zentrum auserkoren haben. Denn nie in seiner tausendjährigen Geschichte war Brüssel Residenzstadt souveräner Herrscher – bis zur Gründung Belgiens. Und 1830 waren die grossen Zeiten der südlichen Niederlande bereits vorbei, Legende. Heute jedoch ist Brüssel fünfmal Hauptstadt, kumuliert die Stadt wie wohl keine andere Zentralfunktionen in der staatlichen wie internationalen Politik. Und dennoch besitzt es nach wie vor keinen klaren Standort im Gesamtgefüge.

Nähert man sich dem komplizierten Wesen dieser Stadt stufenweise, ist zunächst festzuhalten, dass Brüssel gar nicht Brüssel ist, jedenfalls nicht jenes «Brüssel», das der Tourist oder ausländische Sitzungsreisende dafür hält. Denn rein verwaltungsmässig endet Brüssel am Rand der historischen Altstadt. Das, was man gemeinhin «Brüssel» nennt, ist nicht mehr als eine Agglomeration von 19 politisch selbständigen Gemeinden. Die Grenzen verlaufen entlang von Strassen, Kanälen und diagonal über belebte Plätze. Wer die Stadt durchquert, kommt zum Beispiel, ohne Übergänge wahrzunehmen, von Etterbeek nach Uccle und über Vorst nach Anderlecht.

Die Gemeinde Brüssel ist da nicht viel mehr als ein *primus inter pares*. Der Hausherr im imposanten Rathaus an der «Grand'Place» ist kein echter Oberbürgermeister. Alle gesamtstädtischen Fragen, sei es die Raumordnung, der öffentliche Verkehr, die notleidende Kanalisation oder die Ausländerpolitik, bedürfen der Verhandlung zwischen 19 Gemeinderäten. Der erste Augenschein des Fremden erfasst denn auch das Resultat. Nichts ist hier aus einem Guss. Das Stadtbild ist von einer Strasse zur anderen oft wie ausgewechselt.

Fast scheint es, als hätten alle Gemeinden nur bei internationalen Grossereignissen, etwa den beiden Weltausstellungen 1935 und 1958, an einem Strang gezogen. Aus dieser Zeit stammen die leistungsfähigen, teilweise unterirdisch verlaufenden Transitstrassen, die Metro und das Erholungsgelände auf dem Heyselplateau. Danach hat man sich scheinbar nicht mehr ernsthaft koordiniert, hat man sich weder auf einheitliche Baurichtlinien noch auf eine geregelte Müllentsorgung oder Abwasserreinigung – ge-

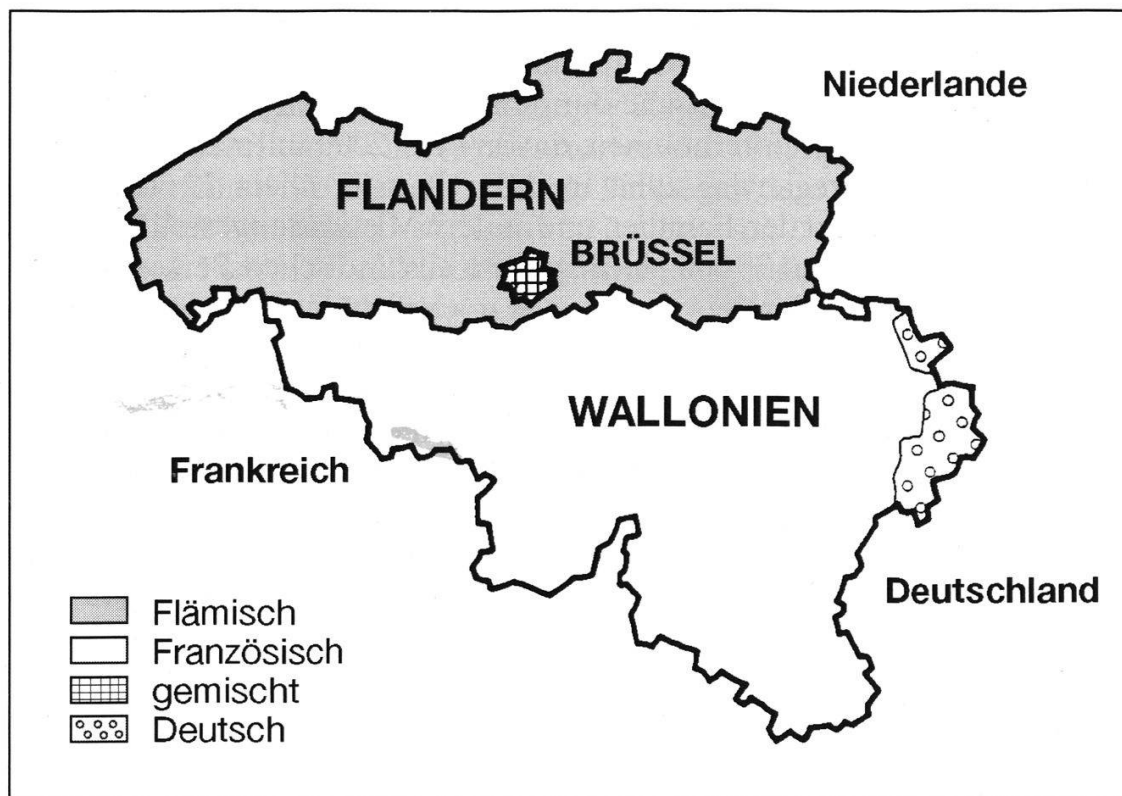
schweige denn auf ein tragfähiges Stadtentwicklungskonzept – verständigt. Die Infrastruktur ist heute sichtbar überlastet. Dazu tragen die wachsende Zahl der Ausländer bei und auch die 300 000 Pendler, die täglich aus Flandern und Wallonien anreisen – und die in Brüssel keine Steuern zahlen.

Brüssel, Flandern und Wallonien

Seit den historischen Anfängen war Brüssel Hauptstadt von Brabant, heute noch eine von neun belgischen Provinzen, welche die unterste überkommunale Verwaltungsebene im belgischen Staat bilden. – Als einzige zweisprachige Provinz ist sie im Zuge der Föderalisierung Belgiens ebenfalls zur Aufteilung bestimmt. Dann ist Brüssel, und damit geraten wir in die Fallstricke belgischer Verwaltungsstrukturen, eine eigene Region neben Flandern und Wallonien: die «Region Hauptstadt Brüssel» –, inmitten des belgischen Staates gelegen, mehrheitlich französischsprachig, eine Enklave im flandrischen Gebiet. Eigene Region zu sein, wird immer wichtiger. Die in den achtziger Jahren eingeleitete und neuerdings forcierte Regionalisierung Belgiens bescherte der Brüsseler Regionalregierung eine Reihe bedeutsamer Kompetenzen: Sie reichen von der Wirtschafts- über die Gesundheits- und Umweltpolitik bis hin zum Recht, mit ausländischen Staaten Verträge abzuschliessen.

Die weitgehende Autonomie der drei Regionen ist immerhin eines der konstruktiven Ergebnisse des jahrzehntelangen Sprachenstreits zwischen Flamen und Wallonen. Während in den beiden anderen Regionen heute sprachlich halbwegs «klare Verhältnisse» herrschen, ist Brüssel nur zu achtzig Prozent frankophon. Die restlichen zwanzig Prozent gehören zur «Flämischen Gemeinschaft». Denn mit der Regionalisierung Belgiens wurden auch drei «Sprachgemeinschaften» – niederländisch (flämisch), französisch und deutsch – geschaffen, deren Regierungen Kompetenzen in den Bereichen Bildung, Medien und Kultur besitzen. In der Region Brüssel haben in diesen Fragen folglich sowohl die Frankophonen als auch die Flamen für ihren respektiven Bevölkerungsteil das Sagen.

Die Kompetenzverlagerungen hin zu den Regionen und Sprachgemeinschaften gingen andererseits auch auf Kosten Brüssels in seiner Funktion als Hauptstadt des Königreichs Belgien. Ausgehöhlt werden die Funktionen der Brüsseler Staatsregierung gleichzeitig in mindestens ebenso grossem Ausmass von «höherer Stelle», aber auch wieder von «Brüssel», diesmal dem Brüssel der EG-Entscheidungsträger. So wie jede Hauptstadt in EG-Europa ist auch Brüssel von der Souveränitätsabgabe an die gemeinschaftlichen europäischen Institutionen betroffen – für die Brüsseler selbst



Sprachregionen in Belgien

dadurch abgemildert, dass die national überflüssig werdenden Beamten mitunter ein paar Strassen weiter eine neue Beschäftigung finden.

«EG-Brüssel»

Seit den Beschlüssen des Gipfels von Edinburg Ende 1992 gilt Brüssel offiziell als die Hauptstadt Europas. Die grosse Mehrheit der Bewohner hat dies positiv, meist jedoch mit Achselzucken aufgenommen. Die wenigen deklarierten Gegner wissen im tiefsten, dass sie gegen Windmühlen kämpfen. Denn mehr als alle früheren Umwälzungen in Europa verändert die EG das Wesen der Stadt.

Es sind nicht nur die EG-Behörden selbst, die *en masse* qualifiziertes ausländisches Personal in die Stadt ziehen, sondern auch die zahlreichen anderen internationalen Organisationen und Firmen. Die EG selbst beschäftigt rund 13 000 Beamte, hinzu kommen internationale Organisationen wie die NATO und neuerdings die WEU und EFTA, insbesondere jedoch eine Vielzahl nichtstaatlicher internationaler Organisationen, die sogenannten NGO's (*Non-governmental Organizations*) mit Sitz in Brüssel, deren

Zahl inzwischen offiziell mit rund Tausend angegeben wird. In die Statistik mit einzubeziehen sind die vielen ausländischen Firmen, die im räumlichen Umfeld der europäischen Entscheidungsorgane einen Sitz errichtet haben. Man spricht von 1500 Unternehmen, davon über 200 multinationalen. Die Brüsseler Regionalregierung zählt in ihrer Statistik allein 12 000 Diplomaten. Zusammen mit den Familien und andern Missionsangestellten ergibt dies eine Zahl von rund 70 000 privilegierten ausländischen Personen.

Diese «Europa-Ausländer» treten zwar noch nicht in gleichem Masse im Strassenbild in Erscheinung wie die früheren Einwanderer aus dem Mittelmeerraum und Schwarzafrika. Doch sie stellen gemeinsam mit überseeischem Firmenpersonal bereits einen wichtigen Teil der Bevölkerung der Hauptstadt. Insgesamt beläuft sich der Ausländeranteil in Brüssel mittlerweile auf knapp dreissig Prozent. Der Grund liegt nicht nur im Zuzug der zahlungskräftigen Ausländer selbst, sondern auch indirekt in der Abwanderung von Einheimischen aufgrund der gestiegenen Wohnungskosten.

Europäer und Flamen

Die gemischten Gefühle gegenüber Europa-Brüssel sind somit auch sozial bedingt, stammen aus Kreisen derer, die am Kaufkraftzufluss nicht partizipieren. Ein nicht unerheblicher Teil der Kritik kommt freilich aus der «nationalen» Ecke. Wie praktisch jeder Disput in Belgien hat auch dieser einen sprachlichen Aspekt. Eine kleine Gruppe nationalgesinnter Flamen wehrt sich gegen die unaufhaltsame Verstärkung des frankophonen Elements durch die europäischen Einrichtungen. Diese haben nur Englisch und Französisch als Amtssprache. Ausländer, die EG-bedingt nach Brüssel ziehen, lernen daher von den einheimischen Sprachen in der Regel maximal Französisch. Dass sie sich mit dieser Sprache im ganzen Land bewegen wollen, empfinden nicht wenige Flamen als Geringschätzung der Mehrheitsbevölkerung. Dass die meisten Flamen durchaus Französisch verstehen, ist dabei wenig relevant. Es geht um ihren Stellenwert, um ihre Achtung als eigene Sprachnation. Zum Ausdruck kommt die Haltung besonders in den von gutverdienenden Ausländern bevorzugten Randgemeinden Brüssels, «wo Flamen zu Hause sind», wie es auf grossen Schildern heisst.

Natürlich weiss man in flämischen Kreisen nicht nur um die Unumkehrbarkeit der Entwicklung, sondern auch um die wirtschaftlichen Interessen, die auf dem Spiel stehen. Extremisten treten denn auch nur sporadisch mit Schmieraktionen, etwa gegen «Euro-Parasiten», auf. Leute vom Komitee «Stop Euro-Brüssel» hätten Brüssel lieber klein und flämisch als grossmannssüchtig und überfremdet. Schliesslich ist Brüssel keineswegs nur für sie die historische Hauptstadt Flanderns.

Die Region Flandern denkt auch gar nicht daran, dem Drängen der Frankophonen nachzugeben und ihren Regierungssitz aus Brüssel, das immerhin eine eigene gleichberechtigte Region darstellt, abzuziehen. Im Gegenteil, derzeit wird ein repräsentatives Verwaltungsgebäude nach dem anderen errichtet. Sie alle schmückt die Fahne mit dem flandrischen Löwen. Der Chef der flämischen «Volksunion» machte gar den Vorschlag, Brüssel kurzerhand Flandern einzuverleiben und den frankophonen Brüsselern einen Minderheitenstatus zu gewähren.

Fussangeln der Geschichte

Für viele Flamen ist unbegreiflich, wie ihre eigene Hauptstadt fremdsprachig werden konnte; das hat natürlich historische Gründe. Ohne den von Flamen stets geadelten «Kulturchauvinismus» der Frankophonen zu übernehmen, kommt man doch nicht um die Feststellung herum, dass Niederländisch die jüngere Literatur- und Verwaltungssprache ist; die Fürstentümer des 18. Jahrhunderts verwendeten Französisch als Universalssprache. *Maria Theresia* verkehrte mit ihren Amtswaltern in den südlichen Niederlanden auf französisch, zu einer Zeit, als der grosse Preusse *Friedrich II.* in der Sprache Voltaire's Gedichte schrieb. Das politische Establishment der habsburgischen Niederlande war frankophon, ebenso wie die omnipräsente katholische Kirche, welche für das Niederländische, die Sprache des benachbarten Calvinismus, wenig Sympathie aufbrachte.

Wer eine öffentliche Rolle spielte oder auch nur etwas auf sich hielt, sprach im ganzen Land wie selbstverständlich französisch – ohne deshalb die «Sprache des Volkes» bewusst zu unterdrücken. Jedenfalls gilt dies bis zur Angliederung an Frankreich in den Jahren 1794 bis 1814. Brüssel, dessen Strassennamen ebenso wie die Inschriften im gotischen Rathaussaal die flämische Vergangenheit bezeugen, wurde eine französischsprechende Stadt und dies noch mehr als Hauptstadt des 1830 neu entstandenen, aus der holländischen Fremdherrschaft befreiten Belgien.

Die neue Klasse der wallonischen Grossindustriellen liess sich in der Hauptstadt feudal nieder; Eisenbahninvestoren, Bankiers, Börsenmakler, Advokaten, schliesslich Kolonialunternehmer und an Paris, der grossen Schwester, orientierte Stadtherren prägten den frankophonen Einschlag. Den zunehmend mit französischen Wörtern durchsetzten Brüsseler Dialekt sprachen nur die kleinen Handwerker und Marktleute, flämisch die Arbeiter in den Fabriken und das Gesinde in den Herrschaftspalais untereinander.

Die «flämische Frage» taucht in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts denn auch zunächst als soziale Frage auf. 1856 sieht sich die rein französisch-

sprachige Abgeordnetenversammlung gezwungen, eine Kommission zur Behandlung der «*griefs flamands*» einzusetzen. Das Ergebnis der schwierigen Beratungen klingt heute unerhört: Man hatte sich zur Empfehlung durchgerungen, in den flämischen Provinzen die Zweisprachigkeit einzuführen. Und doch war dies ein wichtiger Schritt im Kampf der Flamen um erneute Anerkennung und Gleichberechtigung. Erst in den dreissiger Jahren dieses Jahrhunderts wurde an der staatlichen Universität Gent Französisch als Unterrichtssprache durch Niederländisch ersetzt und konnte somit der Lehrernachwuchs in der Sprache der Region ausgebildet werden. Mit der Festlegung der Sprachgrenze 1963 wurde die Einsprachigkeit der beiden Landesteile wechselseitig anerkannt und Niederländisch definitiv Staatssprache neben Französisch.

Heute bietet sich das Bild vollkommen verändert dar. Infolge eines atemberaubenden wirtschaftlichen Aufholprozesses in Flandern nach dem Zweiten Weltkrieg – inzwischen stellen 56 Prozent Flamen zwei Drittel der Wirtschaftsleistung und drei Viertel der Warenexporte Belgiens – sind Flamen überall in Staat und Gesellschaft in die Schlüsselpositionen eingerückt. Fast könnte man sagen, die «soziale Frage» habe sich umgekehrt: Waren es früher die Marginalisierten, die nur flämisch sprachen, so zählt heute niemand zu den Erfolg- und Einflussreichen im Staat Belgien, der nicht wenigsten Grundbegriffe des Niederländischen beherrscht.

«Flamingantismus» gegen frankophone Welt

Man könnte somit meinen, die Flamen hätten ihr Ziel mehr als erreicht, ihr Problem sei gelöst. Gilt dies auf gesamtstaatlicher Ebene – nach der Regionalisierung der Verwaltung – bedingt, so gewiss nicht in der Hauptstadt Brüssel. Nicht nur extreme «Flaminganten» empfinden die Minorisierung der niederländischsprachigen Bevölkerung in Brüssel als eine historische Ungerechtigkeit und zeigen sich entschlossen, Terrain zurückzugewinnen. Mit dem sicheren Rückhalt der gesamten flämischen Gemeinschaft wird die Einhaltung der Zweisprachigkeit allerorten peinlichst überwacht. Man trifft in Brüssel arbeitende Flamen, die sich systematisch weigern, Französisch auch nur zu verstehen, die in (vorausgeahnter) Indignation Brüsseler Geschäfte und Cafés sofort verlassen, in denen auf eine niederländische Bestellung – oft nur unbedacht – eine französische Antwort folgt.

Nach der Devise, «wie ihr uns – so wir euch», wird der Brüsseler einem systematischen *Good-will*-Test unterzogen, in teilweise missionarischem Eifer an den flämischen Ursprung seiner Stadt erinnert. Kein Auge wird zuge-drückt, wenn es um das Schulwesen geht, die Ansprache der Bürger

durch öffentlich Bedienstete oder Politiker, der Gläubigen durch die Kirchenobrigkeit oder – letzter virulenter Beschwerdepunkt – Patienten durch Ärzte. Mit der üblichen Akribie hat man erhoben, dass bei weitem nicht alle Ärzte in Brüssel fließend zweisprachig sind, dass es vorkommt, dass Flamen in der Notaufnahme Brüsseler Spitäler ihr Leiden in einer Fremdsprache schildern müssen.

Was die frankophonen Brüsseler und Wallonen oft einfach als den «Minderwertigkeitskomplex der Flamen» abtun, hat wohl mehr zu tun mit einer Rollenverunsicherung, einer schwierigen Standortsuche im neu entstandenen Machtgefüge. Geprägt von Jahrzehnten des Kampfes um die Erfüllung legitimer Forderungen gegen ein abgehobenes und selbstgerechtes Establishment, hat die flämische Bevölkerung Mühe mit der Umstellung auf die neuen Verhältnisse, in denen sie selbst Teil des Establishments ist, seit vielen Jahren den Regierungschef stellt und Niederländisch de facto längst die erste Staatssprache ist.

Das Faktische scheint gefühlsmässig in breiten Schichten noch nicht durchgedrungen zu sein. Weiter werden in militanter Weise Forderungen gestellt, als gehe es um den Fortbestand der flämischen «Nation». Bestrebungen werden sichtbar, das flämische Epos weiterzuschreiben. An die Stelle der auf ihr Mass zurückgestutzten frankophonen Oberschicht in Brüssel und in Flandern selbst treten darin die reichen EG-Ausländer. Sie werden bekämpft, weil sie die flämische Identität bedrohen (in Wirklichkeit missachten).

Die Gegnerschaft ist dabei keineswegs zu verwechseln mit undifferenzierter Fremdenfeindlichkeit. Eine solche wurde in Belgien bisher auf keiner Seite der Sprachgrenze virulent. Das friedliche Nebeneinander von Türken, Marokkanern und Einheimischen in Brüssel ist vielmehr nur ein Beispiel unter vielen für das aussergewöhnliche Mass an ethnischer Verträglichkeit in Belgien. Schwierigkeiten in der flämischen Selbstfindung sind ein Aspekt, das Begleichen alter Rechnungen mit den Frankophonen ein anderer.

So geht denn der Emanzipationskampf der Flamen weiter, auch wenn es kaum noch etwas zu verteilen gibt, ausser den Rahmen des Zusammenlebens selber. Es ist ein bekanntes Spiel in Belgien, und beide Seiten haben ihren Anteil daran: Was die einen als Versuch, den Staat zu zerstören, hinstellen, ist für die anderen das einzige Mittel, ihn zu erhalten. Dass zumindest eine Seite dabei ein «jeu de dupes» spielt, entspricht der einfachen Logik. Welche es ist, ist unschwer zu erraten, solange die Mehrheit der französischsprachigen Belgier mit der ganzen frankophonen Welt im Rücken keine ernsthaften Anstalten macht, das Niederländische als Sprache für voll zu nehmen, ihren Kindern beizubringen und damit dem Vorbild des Königshauses zu folgen.

Die Erosion des Gemeinsamen

Wurde die jüngste Staatsreform mit weitgehender Autonomie der Regionen von den frankophonen Liberalen bereits als der Anfang vom Ende des belgischen Staats bekämpft, so goss der Ministerpräsident Flanderns im Vollgefühl der neuen Machtverhältnisse gleich weiteres Öl ins Feuer, indem er die Reform lediglich als Etappe wertete. Damit wurde nun aber die Frankophonie in fast ihrer Gesamtheit aufgeschreckt – wäre die entsprechende Äusserung nicht in einer französischen Tageszeitung erfolgt, wer weiss, ob man von ihr Notiz genommen hätte.

Der flämische Norden gab sich verwundert über die «plötzliche Hysterie», und die frankophone Intelligenz musste eingestehen, wie wenig der Süden über politische Vorgänge in Flandern Bescheid weiss. In einer spontanen Initiative marschierten Zehntausende – vor allem frankophone – Belgier im April 1993 durch die Brüsseler Innenstadt «gegen den Separatismus», die «Brabançonne» singend und «la Belgique de Papa» beschwörend.

Doch der neue Patriotismus in Brüssel und im Süden des Landes löst in breiten flämischen Kreisen nur Schulterzucken aus. Die «gute alte Zeit» hat hier einen Beigeschmack, und vielleicht revanchiert man sich auch für das seinerzeitige Desinteresse der alten Führungsschicht, indem man als «Zahlmeister der Nation» heute kalte Gleichgültigkeit in bezug auf das weitere Schicksal des Staats an den Tag legt.

Brüssel – begehrt und ungeliebt

Für Gefühle ist kein Platz, wo es um Transfermilliarden geht zugunsten der einst so stolzen und inzwischen um die letzten Reste ringenden Industrieregionen südlich der Sprachgrenze. Man tut im nunmehr reichen Norden so, als zähle ausschliesslich der Rechenstift, was allein schon deshalb nicht stimmen kann, weil genügend echte Rechner, nämlich die Leiter flämischer Grossunternehmen immer wieder vor den Kosten einer Aufteilung des Landes warnen. Auch stellen sie die Frage, welchen Vorteil die Flamen von der Aufteilung eines Staates haben, in dem sie ohnehin den Ton angeben.

Und auch Brüssel gegenüber muss das Verhältnis der Flamen als zumindest ambivalent bezeichnet werden. Die Herausforderungen der neuen europäischen Bestimmung können von der Stadt nicht nur aus eigenem Antrieb bewältigt werden. Ausserdem profitiert gerade das flämische Umland überproportional von der ausgelösten wirtschaftlichen Dynamik. Dennoch käme es einem Verrat an der flämischen Sache gleich, den Besitz-

anspruch auf Brüssel in Frage zu stellen, während man gegenüber Brüssel mit jedem Franc geizt. Denn so sehr in Flandern Brüssel als die einzig legitime Hauptstadt reklamiert wird, so wenig identifiziert man sich mit ihren Anliegen.

Sonst müssten doch die allmählich sichtbar werdenden Erfolge im Kampf um Brüssel – in niederländischen Grundschulen Brüssels stammt bereits eine Mehrheit der Kinder aus nicht rein flämischen Familien – eine finanzielle Unterstützung wert sein. Aber die Schatten der Vergangenheit sind lang, und der Geruch der alten Arroganz, der Hybris gegenüber allem Flämischen, haftet der Stadt für viele wohl noch lange an. In die Scheu vor dem einstigen Machtzentrum mischt sich Abscheu vor heutigen Brüsseler Zuständen. In Brüssel hält man sich als Flame nur auf, wenn man dort zu tun hat.

Seit die frankophile Oberschicht ihre politische Bedeutung eingebüsst und ihren Reichtum teilweise verloren hat, verkommt Brüssel, und nicht wenige der neu Arrivierten mit Wohnsitz in Flandern bedienen sich an der Hinterlassenschaft. Alter Baubestand wird seit Jahren ohne Rücksicht auf architektonische Güte spekulativ verwertet, die Erträge in schöneren Gegenden konsumiert, und Brüssel selbst hat chronisch kein Geld. Keine der belgischen Grossstädte wurde von Aussenstehenden so ungeniert ausgenommen wie Brüssel, und entsprechend fällt heute der Vergleich mit anderen Städten wie Antwerpen oder Brügge aus. Die Stadt gerät aus ihren Fugen und verfällt gleichzeitig in ihrem Kern.

Die noch junge Selbstverwaltung der «Region Brüssel» braucht erst die Mittel des Staates bzw. der anderen Regionen, wenn die Erwartungen engagierter Bürger an die in Zukunft selbstgewählten Vertreter in Erfüllung gehen sollen. Eine weitere «Europäisierung» der Stadt werden letztere freilich nicht verhindern können und wollen. Damit wird Brüssel mehrheitlich frankophon bleiben. Die Brüsseler Flamen riskieren mittelfristig sogar, die erreichte Sprachenparität durch den steten Vormarsch des Englischen unterlaufen zu sehen.

Unterdrückte Minderheit oder trojanisches Pferd?

Dies wird die selbsternannte «Schutzmacht» Flandern freilich zu verhindern wissen. Obgleich Vorstösse, wie jener der «Volksunie», Brüssel angesichts einer behaupteten Abwendung der Wallonie einfach Flandern einzugliedern, in den feinen Brüsseler Kreisen nur Hohn und Spott ernten, beschäftigt das Thema der Flamen in Brüssel schon länger das belgische Parlament – so etwa in der Debatte um die Ratifizierung des Maastrichter Vertragswerks. Auch wenn sich die Flamen in ihrer Europagesinntheit von

den Wallonen nicht übertreffen lassen wollen, hegen doch viele massive Bedenken gegen das im Abkommen vorgesehene Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer. In ihrer Befürchtung einer weiteren Marginalisierung der flämischen Brüsseler erreichten die Abgeordneten immerhin, dass der Vertrag zwar – und mit grosser Mehrheit – gutgeheissen wurde, jedoch die Verfassung vorerst nicht entsprechend angepasst wird. «Vorerst» heisst, zumindest bis nach den nächsten Gemeinderatswahlen im Jahr 1994.

Eine weitere Funktion Brüssels wird damit augenscheinlich: *Nolens volens* steht es der staatlichen Auflösung Belgiens im Wege. Solange die Flamen ihren Anspruch auf Brüssel nicht aufgeben, ja über die mit der «Region Flandern» schon verschmolzene «Flämische Gemeinschaft» in allen Fragen der Brüsseler Politik mitregieren, ist es der gordische Knoten, der Belgien als Staat zusammenhält.

Es gibt sie schliesslich auch in Flandern, die Stimmen der Vernunft, auch wenn sie bisweilen nicht gern gehört werden: Welchen Sinn sollte es haben, in der Zielgeraden der Europäischen Union einen EG-Mitgliedsstaat noch in zwei oder drei neue aufzuteilen? Die «schweigende Mehrheit» bleibt passiv, sieht laut Befragung im gesteigerten Zwist in erster Linie die Profilierungssucht von Politikern und Leitartiklern. Man ist den jahrzehntelangen Streit auf beiden Seiten der Sprachgrenze überdrüssig und lebt sich *de facto* auseinander, orientiert sich neu im offenen europäischen Haus. Es wäre nicht belgische Art, für abstrakte Ziele in den Krieg zu ziehen; dazu scheinen beide Seiten, Flamen und Wallonen, in ihrer grossen Mehrheit viel zu pragmatisch eingestellt.

Eine Nachricht aus letzter Zeit mutet hierzulande eigenartig an: Der Chef der Regionalregierung Brüssels, angeblich der einzigen Hauptstadt mit Zweisprachenstatus, wurde nach Sarajewo eingeladen, um dort ein Modell zu präsentieren. Einen Austausch dieser Kategorie kann man sich nur öfter wünschen. Wenn sich die Bürgerkriegsparteien auf dem Balkan schon nichts sagen lassen sollten, lernen andere vielleicht schätzen, was sie an Brüssel haben.

Europas Stärke liegt in seiner kulturellen Vielfalt. Fast jedes EG-Land hat seine ganz spezifischen, über viele Jahrhunderte gewachsenen «besonderen» Beziehungen, die es nun in die Gemeinschaft einbringen kann: Spanien ist eng mit Südamerika verbunden, Grossbritannien mit dem Commonwealth, Dänemark mit den skandinavischen Ländern, und für Frankreich ist «La francophonie» fast schon eine Weltanschauung. Und die Deutschen? Deutschland ist das traditionelle Land der Mitte.

Aus: Reinhard Büscher / Jochen Homann: Supermarkt Europa, Edition Interfrom, Zürich 1989, S. 117.